

Zur Arbeit unserer Parteigruppen in der Verwaltung

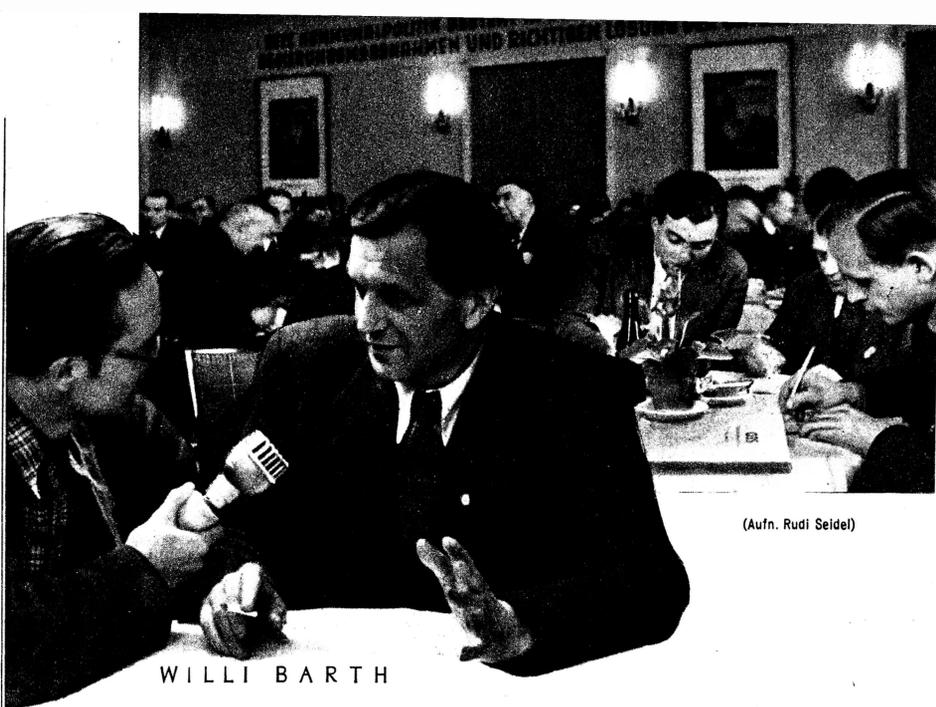
Je festgefügter unsere Parteigruppen in der Verwaltung sind, je besser sie arbeiten, je umfassender die politischen und fachlichen Fähigkeiten unserer Parteimitglieder in den Verwaltungen sind, um so erfolgreicher wird die Arbeit der Verwaltung und um so größer wird die Autorität dieser Verwaltung vor dem Volk sein. Die Bevölkerung wird dann mit Recht sagen: Es ist unsere Verwaltung. Sie dient den Interessen des Volkes. Diese Grundsätze müssen innerhalb unserer Partei und besonders für jedes Parteimitglied, das in der Verwaltung tätig ist, Allgemeingut werden.

Es ist daher die Aufgabe jedes Parteimitgliedes und jeder Parteiorganisation in der Verwaltung, die Tätigkeit dieser Parteigruppen ständig zu verbessern. Kein Parteimitglied, das in der Verwaltung arbeitet — ganz gleich, welchen Platz es in ihr einnimmt —, darf sich der irrigen Auffassung hingeben, daß es genüge, ein guter Fachmann zu sein. Zu einem guten Fachwissen müssen Parteiverbundenheit, ideologische Festigkeit und wissenschaftliche, d. h. die marxistisch-leninistischen Erkenntnisse über die Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft hinzukommen. Erst in dieser Einheit wird das Höchstmaß einer erfolgreichen, dem Fortschritt und den Interessen unseres Volkes dienenden Verwaltungsarbeit zu erreichen sein. Gleichzeitig überwinden wir dadurch die Gefahr der Handwerkerlei.

Worin bestehen nun die wesentlichen Aufgaben unserer Parteiorganisationen in den Verwaltungen?

Im großen und ganzen sind die Aufgaben wohl die gleichen wie für alle übrigen Parteieinheiten. Es geht um die Erfüllung unserer hauptsächlichsten und grundlegenden politischen Aufgaben: um die ständige Festigung und Erweiterung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zur unbesiegbaren Front aller Demokraten und Patrioten im Kampf um die Freiheit Deutschlands und den Frieden; um die Erfüllung und vorfristige Erfüllung des Wirtschaftsplanes 1950 als dem Abschlußjahr der Periode des Wiederaufbaus und als Voraussetzung für die Einleitung der Periode des Neuaufbaus.

Das genügt aber nicht, um den Charakter und die Aufgaben unserer Parteigruppen in den Verwaltungsorganen klarzulegen. Die Parteieinheiten



(Aufn. Rudi Seidel)

WILLI BARTH

Über die Lösung der kommunalpolitischen Aufgaben mit Hilfe der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

Zu dem Beschluß des Partei vor Standes: Berichterstattungen Versammlungen der Verwaltungen in jeder Gemeinde im Monat März

Auf der Tagung des kommunalpolitischen Beirats des Parteivorstandes in Chemnitz am 14. und 15. Februar 1950 und der Kommunalkonferenz der SED des Landes Sachsen-Anhalt in Halle am 18. und 19. Februar 1950 stand die Entscheidung des Parteivorstandes zu den kommunalpolitischen Aufgaben im Mittelpunkt der Referate und der Diskussion.

Drei Fragen standen im Vordergrund, und zwar:

1. Die Bildung der Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und ihre Hilfe bei der Durchführung der kommunalen Aufgaben.
2. Verstärkte und verbesserte Blockarbeit als Voraussetzung für die schnellere Entwicklung der Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland.
3. öffentliche Rechenschaftslegung der Gemeindeverwaltung, -Vertretung und -ausschüsse vor der Bevölkerung als eine Arbeitsmethode der Verwaltung zur Mobilisierung der Bevölkerung für die gemeindlichen Aufgaben und zur Verbesserung der Verwaltungsarbeit durch die Kritik der Bevölkerung und die Selbstkritik der Verwaltung.

über die Hilfe der Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland bei der Durchführung der kommunalen Aufgaben heißt es im Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland in Punkt 5, Absatz 2:

„Die Ausschüsse der Nationalen Front werden helfen, in Stadt und Land die demokratische Initiative der Massen zu entwickeln, die Kritik und Selbstkritik zu entfachen, Mißstände zu beseitigen, Unfähigkeit zu überwinden, bürokratisches Verhalten von Behörden zu bekämpfen und die Schädlingearbeit der Saboteure und Agenten aufzudecken und zu verhindern.“

In dieser Frage gab es insofern Unklarheiten, als in manchen Gemeinden die Ansicht vertreten oder praktiziert wird, daß die Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland dazu berufen seien, die ganze Verantwortung in der Verwaltungsarbeit zu übernehmen, was gleichbedeutend wäre mit der Auflösung der Verantwortung, die die Verwaltung in bezug auf Durchführung der von der Volkskammer beschlossenen Gesetze und Verordnungen der provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Aufgaben in den Gemeinden übernommen hat und behalten muß.

So wurde diese falsche Auffassung über die Aufgaben der Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland in einer am 25. Januar 1950 stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung in Köthen durch den Sprecher der SED-Fraktion Hennemann folgendermaßen zum Ausdruck gebracht:

„In Zukunft werden alle kommunalpolitischen Angelegenheiten, insbesondere Anträge an die Stadtverordnetenversammlung, in den Bezirksausschüssen der Nationalen Front unter Beteiligung aller Bevölkerungsschichten vorbereitet. Parteipolitik in der Stadtverordnetenversammlung darf es nicht mehr geben.“